

Paroli

Linke Blätter
für Stadt,
Landkreis und
Universität
Ausgabe Nr. 32
Juni 2018

Eine „Politik für die Vielen“

Janine Wissler und Jan Schalauske Spitzenduo der LINKEN für die hessische Landtagswahl

Mit den Worten „Hessen braucht eine Politik für die Vielen, nicht für die Wenigen“ fasste Jan Schalauske, der Landesvorsitzende der LINKEN, das Programm der LINKEN zur Landtagswahl zusammen, das sie am 10. März auf einem Parteitag in Gießen einmütig verabschiedete. „DIE LINKE will die Lebensbedingungen der Menschen in Hessen verbessern. Öffentliche Aufträge sollen nur noch an Firmen gehen, die 12 Euro Mindestlohn bezahlen. Ausreichend bezahlbarer Wohnraum entsteht nicht durch den Markt. Das Land muss für den Bau von mindestens 10.000 Sozialwohnungen im Jahr sorgen. Wir wollen das Bus- und Bahnangebot auch im ländlichen Raum stark ausbauen und die Fahrpreise bis zu einem Nulltarif senken – und so umweltfreundliche Mobilität für alle ermöglichen.“

„Bildung darf nicht abhängig sein vom Geldbeutel der Eltern und Schulen darf man nicht daran erkennen, dass sie die marodesten Ge-



Foto: Hanna Hoefl

▲ Kandidat/innen der hessischen LINKEN für die Landtagswahl: Spitzenduo Jan Schalauske (M.) und Janine Wissler (li.) sowie die Siebtplatzierte Lise Kula (re.) aus Marburg

bäude des Stadtteils sind“, erklärte Janine Wissler, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Hessischen Landtag. „Das hessische Bildungssystem ist unterfinanziert, es fehlen Lehrerinnen und Lehrer, der Ausbau der Ganztagschulen kommt kaum voran. DIE LINKE tritt für kostenfreie

Bildung von der Kita bis zur Hochschule ein, für ein Ganztagschulprogramm und die Umsetzung der Inklusion.“

DIE LINKE wird sich auch zukünftig gegen Rüstungsproduktion und Militarismus in Hessen engagieren und klare Kante gegen Rechts zeigen. „Solidarität ist die Antwort auf die soziale Spaltung in dieser Gesellschaft und gegen rechte Hetze“, erklärte Schalauske.

Auf einer Versammlung am 28. April in Kassel wurden Janine Wissler und Jan Schalauske auf die ersten Plätze der Landesliste gewählt. Die Marburger Stadtverordnete Lise Kula wurde als Kandidatin des Jugendverbandes auf Platz 7 gewählt. Auf den Plätzen 3 bis 6 kandidieren die Landesvorsitzende Heide Scheuch-Paschkewitz, Hermann Schaus (MdL), Christiane Böhm und Ulrich Wilken (MdL).

DIE LINKE ist gegenwärtig mit sechs Abgeordneten im Landtag vertreten. Sollte sie ein Ergebnis wie in den jetzigen Umfragen (7-8 Prozent) erreichen, könnten 8 bis 9 Sitze erreicht werden.

Nico Biver

Kommentar

Lehrstück Grüner Wehr

Das Grüner Wehr, idyllisch gelegenes Wahrzeichen zwischen zwei ehemaligen Mühlen, mit Blick aufs Schloss und Ausflugsziel mitten in der Stadt – es ist in die Jahre gekommen. Ein zehn Jahre altes Gutachten urteilt, dass es marode ist und schlägt Abriss mit anschließender Neukonstruktion aus Beton vor. Die Tourismuswirtschaft wünscht sich zudem eine Kanurutsche.

Kaum wurden die Pläne aber bekannt, hagelte es Protest. Die Schar der Zweifler ist vielfältig: Ortsbeirat, Denkmalschützer, Naturfreunde, Naherholende nicht nur aus dem Stadtteil. Unter ihnen sind auch Stimmen zu hören, die bei einem Zuwachs von Besucher/innen vorwiegend Belästigung befürchten. Schon im vergangenen Jahr hatten CDU und FDP in den nahe gelegenen Lahnterrassen einen gefährlichen Ort ausgemacht. Viele, auch die Polizei, sehen das ganz anders.

Erst auf Antrag der Marburger Linken wurden alle Gutachten zum Grüner Wehr veröffentlicht. Ortsbeirat, Bürgerinitiative, Protestunterschriften führten Ende Mai den Magistrat zu einem Workshop. Und gut 200 Interessierte beteiligten sich engagiert. Heraus kam die Zusage des Magistrats für ein neues Gutachten. Das soll prüfen, inwieweit das Grüner Wehr so schonend saniert werden kann, dass man dem Denkmalschutz und der Erhaltung der Lahnaue gerecht wird. Für den Magistrat, der sich so gerne bürgernah und transparent gibt, ein Lehrstück.

Renate Bastian

Debatte um neue Wohngebiete

Marburger Linke fordert soziale Durchmischung

Am Hasenkopf oberhalb von Ockershausen und am Oberen Rotenberg könnten zwei neue Wohngebiete entstehen. Auf Beschluss der Marburger Stadtverordnetenversammlung soll geprüft werden, wann, wo und wie gebaut wird. Die Marburger Linke befürwortet eine Bebauung, zumal ein hoher Anteil von günstigem Wohnraum entstehen soll.

Marburg zählt zu den hessischen Städten mit Höchstmieten. Bis 2022 fallen zudem 400 Wohnungen aus der Sozialbindung. Den Wohnungsbau überließ die Stadt in der Vergangenheit vor allem dem Markt.

Darum ist kaum günstiger Wohnraum entstanden. Die Marburger Linke fordert deshalb bis 2022 den Bau von mehr als 1.000 Sozialwohnungen. Bei Bauprojekten sollen sie einen Anteil von mindestens 30 Prozent erreichen. Immerhin konnte für Marburg eine Sozialquote von 20 Prozent durchgesetzt werden.

Eine erste Analyse der beiden Standorte liegt vor. Mitte Juni soll es eine Bürger/innenversammlung geben. Die Ortsbeiräte sind einbezogen. Für den Sommer und den Frühherbst sind öffentliche Begehungen der Areale geplant.

Fortsetzung S. 2

Viel Lärm um zu wenig

Kinderbetreuung doch nicht kostenlos für alle

Mit viel Weihrauch umgab sich der Magistrat bei seiner Vorlage für neue Gebühren in den Kindereinrichtungen der Stadt: Ein Quantensprung in der Kinderbetreuung. Marburg ganz vorne!

Lichtet sich der Nebel, sieht die Wirklichkeit etwas nüchterner aus. Die Kinderbetreuung für über 3-

Jährige ist kostenlos. Das ist gut so. Aber eine Höchstleistung ist das noch lange nicht. Denn finanziert wird dieser Schritt über Landesmittel. Zur Erinnerung: Im vergangenen Bundestagswahlkampf hatte die schwarz-grüne Landesregierung die Gebührenfreistellung für sechs Stunden Kinderbetreuung angekündigt. Die Kommunen erhal-

ten Landesmittel. In Marburg lässt sich damit sogar der ganze Tag kostenfrei finanzieren.

Für die unter 3-Jährigen sieht es schlechter aus. Mag es Kampfgetümmel oder echter Eifer gewesen sein – der Oberbürgermeister hatte im Wahlkampf Gebührenfreiheit auch für Krippen, Hort und Tagespflege in Aussicht gestellt. Damit wird es nun nichts. Diese Eltern müssen weiterhin bezahlen, wenn auch leicht weniger. Wobei die neuen Gebühren immer noch höher sind als vor der massiven Erhöhung Ende 2016. Diese Ungleichbehandlung der unter und über 3-jährigen Kinder haben wir schon bei der Landesregierung kritisiert. Damals war auch die SPD mit dabei. In Marburg hat sie sich jetzt der CDU-Linie angeschlossen. Vor Tische las man's anders.

Außerdem: Schaut man hinter das Politmarketing der Stadt,

bleibt Marburg weit hinter den eigenen Möglichkeiten zurück. Das groß verkündete „Kindertagesstätten Bauprogramm“ (KiBaP) schlug zumindest 2017 noch nicht an. Tatsächlich handelt es sich dabei bisher um ein Kürzungsprogramm. 1,5 Mio. Euro im Jahr sollen investiert werden. Vor KiBaP waren es allerdings rund 3 Mio. Euro im Jahr.

Der Marburger Haushalt steht gut da. Aktuell und in den nächsten Jahren kann man von Überschüssen ausgehen, die eine komplette Gebührenfreiheit, auch für die U3-Betreuung und Kindertagespflege zuließen. Die Marburger Linke hat sich im Parlament bei der Abstimmung über die neue Gebührensatzung enthalten. Denn dass die KiTas gebührenfrei sind, begrüßen wir, dass aber die Krippen weiterhin bezahlt werden müssen, lehnen wir ab.

Lise Kula

Gastbeitrag

HavannaAcht bedroht

Das HavannaAcht ist ein Marburger Kneipenkollektiv, das bereits seit 1985, also seit 33 Jahren existiert. In der näheren Umgebung ist es einzigartig. Als einer von wenigen alternativen Austausch- und Vernetzungsorte versucht das HavannaAcht einen politischen Schutzraum zu bieten, in dem im Umgang miteinander auf Alltagsdiskriminierungen wie Sexismus, LGBTQI*-Ablehnung, Rassismus, Antisemitismus geachtet wird. Neben der Nutzung als Kneipe dient das HavannaAcht auch als Raum für Vorträge, Vorlesungen oder Filmabende.

Was ist passiert?

Im Juli 2017 wurde das Gebäude, in dem das HavannaAcht sich befindet, an die „Luigs Real Estate Group“ verkauft. Einen Monat darauf folgte der Weiterverkauf

an die „Sciolla Investment GmbH und Co. KG“. Die Forderungen des neuen Eigentümers lauteten: Verdopplung der Miete oder Rausschmiss. Letzten Dezember erreichte uns die Kündigung des Mietvertrags zum nächst möglichen Zeitpunkt. Das bedeutet, dass wir bis April 2019 unsere Kneipe verlassen sollen.

Was kann man tun?

Wir wollen uns diese Verdrängung nicht gefallen lassen und haben eine Kampagne gestartet. Auf savetheH8.noblogs.org findet ihr weitere Infos und Ankündigungen.

Wir bitten solidarische Menschen / Gruppen / Organisationen um Solidaritäts-Schreiben oder sich als Unterstützer*innen auf unserer Homepage eintragen zu lassen.

Außerdem haben wir ein Spendenkonto eingerichtet, um die auf uns zukommenden Kosten wie einen Gerichtsprozess oder Umzug finanzieren zu können. Jede Spende ist für uns hilfreich! Verein zur Förderung interkultureller Kommunikation e.V.

Iban: DE84 5335 0000 0000 1111 71 BIC: HELA-DEF1MAR

Einen Angriff wie diesen werden wir uns nicht gefallen lassen!

Finger Weg von unseren Strukturen!

Das HavannaAcht bleibt!



Foto: Nico Biver



Foto: Nico Biver

▲ Nördlich des Stadtwaldes soll sich das neue Baugebiet am Hasenkopf erstrecken.

Fortsetzung von S. 1

Debatte um neue Wohngebiete

Für die Marburger Linke ist wichtig, dass in den beiden Gebieten mindestens 30 Prozent öffentlich geförderter Wohnungsbau vorgesehen wird. Fehler der Vergangenheit dürfen nicht wiederholt werden. Bisher entstanden Sozialwohnungen fast nur am Richtsberg und im Waldtal. In den neuen Wohngebieten sollten die verschiedensten sozialen Gruppen aber gut durchmischt neben- und miteinander leben.

Und auch im Hinblick auf die Bauweise kann man städtebaulich fantasievoller vorgehen als nach dem bisherigen Prinzip: quadra-

tisch, einfach und noch ein Stockwerk oben drauf. Hinzu kommt, dass es sich um große Projekte handelt. So ist allein für den Hasenkopf ein Zuwachs an Bewohner/innen im Gebiet Stadtwald um nahezu zwei Drittel vorgesehen. Das erfordert einen umfassenderen Entwicklungsplan für die Gebiete: soziale Infrastruktur, Verkehrsplanung mit Schwerpunkt öffentlicher Nahverkehr, Berücksichtigung ökologischer Belange, Schutz der Naherholung. Vorausschauende Planung geht vor späterer Reparatur von Versäumnissen. Renate Bastian

Links wirkt

Keine Abschiebungen

Gegen weitere Abschiebungen nach Afghanistan und Pakistan sprach sich die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag der Marburger Linken im April aus. Der Magistrat wurde aufgefordert, seine Handlungsspielräume zu nutzen, um Abschiebungen zu verhindern. Nicht einigen konnte man sich darauf, dass Termine in der Ausländerbehörde nicht dazu genutzt werden dürfen, Menschen direkt abzuschicken. Hier sah sich der Magistrat in der Kritik, da er nur indirekt zuständig sei. *reb*

Rechte für Mieter/innen

Auf Antrag der Marburger Linken sollen in Wohneinrichtungen der GeWoBau, die sich zu knapp 95 Prozent in städtischer Hand befindet, Mieterbeiräte eingerichtet werden.

Das beschloss das Stadtparlament einstimmig Ende März. So können Belange der Mieterinnen und Mieter direkt an die GeWoBau herangetragen werden. Insofern sind die Beiräte ein Instrument zur intensiveren Bürger/innen-Beteiligung. Darüber hinaus tragen sie zur Entwicklung und Stärkung nachbarschaftlicher Beziehungen bei. *reb*

Lahnterrassen

Wild schossen die Gerüchte ins Kraut, als im vergangenen Sommer von Auseinandersetzungen an den Lahnterrassen vor der Mensa berichtet wurde. Wie im Reflex gab es rassistische Untertöne gegen Geflüchtete. Besonders die CDU reagierte mit Forderungen nach mehr „law-and-order“, die FDP erwog sogar die Bewaffnung der Ordnungs-

polizei. Auf Initiative der Marburger Linken sollen dagegen Konflikte mit zivilgesellschaftlichen Mitteln gelöst werden. Darauf einigte man sich im Sozialausschuss Mitte April und regte Gesprächskreise, die Einführung von Verhaltensmaßregeln und die Aufstellung von Abfallbehältern an. SPD und CDU traten einem geänderten Antrag der Marburger Linken bei. Die Grünen enthielten sich. *reb*

Freie Fahrt

Während der Stadtverordnetenversammlung Ende Februar verkündete Oberbürgermeister Thomas Spies, dass die Stadt Marburg ihren Bürger/innen 24.000 Freifahrten à 30 Minuten zur Verfügung stelle, um die Verkehrsdichte während der Sanierung der Weidenhäuser Brücke zu minimieren. Diese Ankündigung nahm die Fraktion der Marburger Linken mit Überraschung und Freude zur Kenntnis, hatte sie doch Anfang Februar in einem Antrag Ähn-

liches gefordert. Links wirkt nun schon dermaßen, dass die Fraktion ihre Anträge gar nicht erst in den betreffenden Ausschüssen diskutieren muss, die Verwaltung übernimmt sie einfach ohne viel Federlesen! Nur den Ideengeber zu verschweigen ist nicht die feine englische Art. *Jonathan Schwarz*

Kritisches Marburg-Buch neu aufgelegt



Parkst Du noch oder wohnst Du schon?

Marburger Linke für Verzicht auf Parkhauserweiterung und Bau von Sozialwohnungen

Die Marburger GroKo will das Parkhaus am Pilgrimstein erweitern. Auch wenn als Öko-Feigenblatt 100 Fahrradparkplätze mitgeplant werden, soll die Innenstadt offenbar noch attraktiver für Pkws gemacht werden. Der zunehmende Auto-Verkehr verlangsamt und behindert nicht nur die Busse, sondern macht auch das Radfahren gefährlicher. Auch die Verkehrssituation am Pilgrimstein würde durch die Parkhauspläne weiter verschärft werden, da durch die neue Universitätsbibliothek deutlich mehr Menschen mit dem Rad oder zu Fuß unterwegs sind.

1997 hatte Marburg nach intensiver Bürgerbeteiligung ein „Leitbild zukunftsfähiger Verkehr“ und 2002 den Verkehrsentwicklungsplan (VEP) verabschiedet, die das Ausufer des Pkw-Verkehrs stoppen sollten. Diese Pläne scheinen klammheimlich ad acta gelegt worden zu sein.

Schon 2016 waren auf Antrag von SPD und BfM mit Unterstützung von CDU und MBL die Parkhauspläne am Pilgrimstein beschlossen worden.

Allein am Pilgrimstein sollen 3 bis

4 Mio. Euro verpulvert werden, um 80 bis 100 Parkplätze zu schaffen – am Ende dürften es eher 5 bis 6 Mio. Euro sein, wenn man die Kostenentwicklung bei anderen Bauprojekten zu Rate zieht. Für 5 Mio. Euro könnte man stattdessen die Busse an Samstagen 20 Jahre umsonst fahren lassen. Man könnte sich die Parkplätze doppelt sparen, wenn man für das gleiche Geld 200 Marburger/innen, die heute noch Pkw fahren, Jahreskarten für den Bus für die nächsten 50 Jahre schenken würde. Das wäre offensichtlich ein kostengünstigerer

Weg, Marburger Verkehrsprobleme zu beheben.

Die Marburger Linke fordert, auf die Parkhauserweiterung zu verzichten und an dieser Stelle und auf weiteren Grundstücken auf der westlichen Seite des Pilgrimsteins den Bau von Sozialwohnungen ins Auge zu fassen. Mit Blick auf den Botanischen Garten könnte so die städtische GeWoBau, die im Parkhaus residiert, auch mal in der Innenstadt bezahlbaren Wohnraum schaffen.

Nico Biver



▲ Die Stadt will das Parkhaus am Pilgrimstein nach Norden erweitern

Nachdem die 1. und 2. Auflage von „Marburg rauf und runter“, des zuerst 2013 erschienenen Buches des Rosa-Luxemburg-Clubs, schnell vergriffen waren, ist jetzt die 3. Auflage erschienen.

Das Buch enthält im ersten Teil einen Überblick über die Stadtgeschichte vom Mittelalter bis in unsere Tage. Im Anschluss laden acht thematische Stadtpaziergänge dazu ein, sich eigenständig und zu Fuß auf eine historische Spurensuche zu begeben und Geschichte und Gegenwart der Stadt aus einer neuen Perspektive kennenzulernen. Die neue Auflage ist gegenüber den ersten beiden überarbeitet, aktualisiert und erweitert. Sie enthält zwei weitere Stadtpaziergänge, zur NS-Vergangenheit und zur Entwicklung des Nordviertels. Neu sind auch die Artikel zu Käte Dinnebieber und Josef Dörrich, Beiträge zur Geschichte der Marburger Jäger und zur Seltenheit von Straßenbenennungen nach Frauen sowie die überwiegend farbigen Abbildungen.

Rosa-Luxemburg-Club Marburg (Hg.): *Marburg rauf und runter. Stadtpaziergänge durch Geschichte und Gegenwart, 3. erweiterte und aktualisierte Auflage, 203 Seiten, 12,00 EUR, ISBN 978-3-939864-23-3*

Tolerantes Klima mitgeprägt

Eva Chr. Gottschaldt, Christin, Marxistin und ehemalige Stadtverordnete ausgezeichnet



Foto: Stadt Marburg - Patricia Gräßling

▲ Eva Chr. Gottschaldt mit Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies und Ehemann Peter Lob nach der Ehrennadelverleihung im Rathaussaal

In einer sehr gut besuchten Feierstunde des Magistrats wurde Mitte April der langjährigen linken Stadtverordneten Eva Chr. Gottschaldt die Goldene Ehrennadel der Stadt Marburg verliehen.

Eva war 11 Jahre Stadtverordnete, einige Jahre Fraktionsvorsitzende, stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin und in verschiedenen Ausschüssen, Beiräten und Kommissionen aktiv. Schwerpunkte waren ihr Kampf gegen Rechtsex-

tremismus und für die Erinnerungskultur. Sie definiert sich als Christin und Marxistin: „Meine Lehrer waren die alten Antifaschisten. Aus der Schule komme ich und in der bleibe ich auch.“ Aus diesem Verständnis hat sie Themen ins Parlament getragen wie die Umbenennung des Demnitz-Weges, den jährlichen Gedenktag für die deportierten Sinti und Roma, die individuelle Zwangsarbeiterentschädigung.

Ohne sie, die immer differenziert

und gewaltlos in Worten und Taten agiert hat, gäbe es in der Stadtgesellschaft nicht dieses entwickelte Bewusstsein über das zum Teil rechtsradikale Weltbild bestimmter Burschenschaften. So prägte sie das demokratische, welt-offene und tolerante Klima in dieser Stadt mit. Als bekennende Christin war ihr die Zusammenarbeit der Religionen wichtig.

Ihr kirchliches Engagement für Flüchtlinge, in der Südafrika-Solidarität, in Friedensfragen brachte Bündnismöglichkeiten: Schutz des arbeitsfreien Sonntags und des Buß- und Bettags. Auf sie geht auch der Marburger „Arbeitskreis linker Christen“ zurück. Ihr Eintreten für die,

die keine einflussreichen Interessenvertreter haben, ist anerkannt: Gebärdendolmetscher, Texte in einfacher Sprache, Fahrstuhl im denkmalgeschützten Rathaus, Zurückweisung jeglicher Diskriminierung von Schwulen und Lesben.

Die Fraktion Marburger Linke ist dankbar, dass Eva Gottschaldt seit Jahrzehnten als Linke in dieser Stadt wirkt, und sie freut sich, dass sie uns weiterhin nach Kräften mit Rat und Tat zur Seite steht.

Henning Köster

Wassergymnastik des Roten Kreuzes in Wehrda gestrichen

Was macht eine Organisation, wenn sie ein „Randgruppenangebot“ loswerden will, weil es zu aufwändig ist? Richtig, sie kündigt ganz kurzfristig den Betroffenen, stellt die Entscheidung als alternativlos hin und hofft, dass alle das gottergeben hinnehmen.

Genau nach diesem Muster handelte das Deutsche Rote Kreuz Marburg (DRK), als es Senior/innen und blinden Menschen die Wassergymnastik im Schwimmbad „Weißer Stein“ in Wehrda strich. Den Betroffenen, die mit dem Stadtbus jederzeit problemlos bis praktisch vor die Tür fahren konnten, wurde ernsthaft vorgeschlagen, das gleiche Angebot in Heskem wahrzunehmen. Hat von den Verantwortlichen schon mal jemand versucht, diese Strecke abends mit dem Bus zu fahren?

Dumm für das DRK, dass sich die Betroffenen wehrten und in die Öffentlichkeit gingen. Die Kleine Anfrage der Fraktion Marburger Linke im Stadtparlament sowie diverse OP-Berichte brachten die Fragwürdigkeit der Argumente und Alternativen des DRK ans Licht. So darf eine Sozialorganisation nicht handeln, ein beträchtlicher Imageschaden, der bleibt. Inzwischen werden die Kurse im Rahmen der Volkshochschule (VHS) fortgeführt.

Roland Böhm

Debatte zum Zollamts-Relief

Gut besucht war am 18. April die vom Kulturamt der Stadt Marburg ausgerichtete Podiumsdebatte zum Relief über dem Eingang des Zollamts in der Ernst-Giller-Straße.

Die bildliche Darstellung der Handelspartner aus den 1950er Jahren lässt einen Welthandel auf Augenhöhe vermuten. Allerdings ist die Realität auf dem Weltmarkt damals wie heute von (neo-)kolonialen Machtverhältnissen, Ausbeutungs- und Unterdrückungsstrukturen gekennzeichnet. Das kritisierte die Marburger Linke. Jonathan Schwarz: „Hier wird

ein Trugbild der Vergangenheit gezeichnet.“

Gut 40 Interessierte nahmen an der Diskussion teil, unter ihnen auch ehemalige Mitarbeiter/innen des Zollamts sowie (Kunst-)Historiker/innen der Uni Marburg. Allein dieses breit gefächerte Interesse betont die Wichtigkeit einer kritischen Reflexion der eigenen Stadtgeschichte. Denn „natürlich ist es gut, dass man nicht stumpf in seiner Heimatstadt entlang geht, sondern sich kritisch mit ihr und ihrer Geschichte beschäftigt, denn das Vergangene hat immer eine Bedeutung auch für unse-

re Gegenwart“, so Prof. Dr. Benedikt Stuchtey, Hochschullehrer für Neure Geschichte, in seinem Vortrag.

Das Kulturamt hat nun die undankbare Aufgabe, eine Kommen-

tierung des Reliefs, die die verschiedenen Positionen und Argumente berücksichtigt, etwa in Form einer Tafel oder im Internet, zu verwirklichen. Jonathan Schwarz



Foto: Nico Biver

Ein Zeichen gegen Militarismus

Gedenkinstallation für die Opfer der Marburger Jäger im Schülerpark entsteht noch 2018

Am 8. Juni 2018 gewann der Entwurf „Verblendung“ des Wertheimer Künstlers Heiko Hünnerkopf einstimmig den Wettbewerb für eine Gedenkinstallation im Schülerpark. So soll noch in diesem Jahr ein wichtiges öffentliches Zeichen gegen Militarismus und Kriegshetze und für eine Kultur des Friedens nicht nur in unserer Stadt entstehen.

Hintergrund: Seit 1923 erinnert ein acht Meter hohes „Jägerdenkmal“ im Schülerpark an die Marburger Jäger, jene militärische Einheit, die im Dienst des Deutschen Kaiserreichs nicht nur kriegsführend in Frankreich, Russland, Belgien, Italien, Polen, Rumänien, Palästina,

Estland, Mazedonien, Litauen und Serbien unterwegs war, sondern deren Angehörige auch mehrfach an Kriegsverbrechen beteiligt gewesen sind: der Niederschlagung der Pariser Commune 1871; der Niederschlagung des „Boxer-Aufstands“ in der deutschen Kolonie in Ostchina 1900/1901; dem Völkermord an den Herero und Nama in der Kolonie Deutsch-Südwestafrika (heute Namibia); dem



Foto: Nico Biber

▲ Die Gedenkinstallation, die ab Ende 2018 das „Jägerdenkmal“ umrahmen soll, geht auf eine Initiative der Marburger Linken zurück

Massaker an der Zivilbevölkerung im belgischen Dinant 1914; der Niederschießung demonstrierender Arbeiter im (heute polnischen) Königshütte 1919.

Seit 2014 liegt mit der von Mitgliedern der Geschichtswerkstatt erarbeiteten Stadtschrift „Zur Geschichte der Marburger Jäger“ (Nr. 101) eine kritische Aufarbeitung dieses Teils der Marburger Geschichte vor. Im Dezember 2016

hat die Stadtverordnetenversammlung mit einem gemeinsamen Antrag von Marburger Linken, Grünen und SPD beschlossen, dem Kriegsdenkmal im Schülerpark eine Gedenkinstallation unmittelbar an die Seite zu stellen, die „an die Opfer der Marburger Jäger erinnern“ und damit gleichzeitig einen Beitrag zur „Aufarbeitung der Geschichte des Militarismus in Marburg“ und „für eine Kultur des Friedens und der Völkerverständigung“ leisten soll.

An dem 2017 zu diesem Zweck unter Federführung des Kulturamts ausgeschrieben, von einem interdisziplinären Expert/innen-Beirat betreuten Kunstwettbewerb haben sich 55 Künstler/innen aus

dem In- und Ausland beteiligt, darunter aus Polen, Namibia, Frankreich (Paris) und Belgien (Dinant). Acht Entwürfe kamen in die engere Auswahl und wurden am 24. Mai im Rahmen eines Kulturforums von den Künstler/innen selbst der Jury und der Öffentlichkeit präsentiert.

Maximiliane Jäger-Gogoll

www.marburg.de/portal/seiten/kunstwettbewerb-gedenkinstallation-schuelerpark-900001653-23001.html



„Von Hessen geht Krieg aus“, das belegt der von der Landtagsfraktion der LINKEN herausgegebene „Rüstungsatlas Hessen“. Auf 60 Seiten listet der Lühr Henken alle Bundeswehrstandorte, darunter Stadtallendorf mit der Division Schnelle Kräfte, Einrichtungen der US-Armee und 61 Rüstungsfirmen auf. Er ist kostenlos erhältlich in den Wahlkreisbüros der LINKEN.



„Rote Biber“ nennt sich die in 2017 beim KV Marburg-Biedenkopf gegründete Sozial.öko.logische AG, die auch für Nicht-Mitglieder der LINKEN offen ist. Sie treffen sich in zweiwöchigem Rhythmus, um sich aktiv und mit eigenen Ideen beim sozial-ökologischen Umbau einzubringen. Kontakt: philip.kaufmann@die-linke-marburg.de.

Sozial-ökologisch umbauen!

Mitte Mai fand in Marburg ein erstes Treffen der Landes-AG der LINKEN „Sozial-ökologischer Umbau“ statt. Es wurde mitorganisiert von den Roten Bibern, der Sozial.öko.logischen AG der LINKEN Marburg-Biedenkopf.

Auf der Tagesordnung stand zunächst eine Verständigung über den Begriff „sozial-ökologischer Umbau“: Was ist darunter zu verstehen, wie sind die Aspekte „sozial“ und „ökologisch“ gewichtet? Nach ausführlicher Diskussion der aktuellen Situation (Insektenster-

ben, mit Nitrat belastetes Grundwasser; antibiotikaresistente Keime in öffentlichen Gewässern u.a.) kristallisierten sich zwei Schwerpunkte heraus: die Bedeutung des Klimaschutzes „als Ganzes“ – Verkehrswende, Energiewende, Reduktion des individuellen ökologischen Fußabdrucks u. a. – sowie die Dring-

lichkeit einer ökologischen Agrarwende. Synthetische Pflanzenschutzmittel, Massentierhaltung, prophylaktische Anwendung von Antibiotika in der Tierzucht müs-

sen verboten, kleinbäuerliche Biolandwirtschaft dagegen gefördert werden. Diese Forderungen sollen auch im Wahlkampf thematisiert werden.

Ingeborg Cernaj



◀ Die „Roten Biber“ bei einer Besichtigung des Biohofs Caspersch in Lohra/Damm zusammen mit den Inhabern, der Familie Plitt.

Das Letzte

Nicht zu viel Hilfe

von Sabine Leidig (MdB)

Es erschreckt mich, welche geifernde Empörung aufkommt – nicht nur bei AfD und BILD – weil eine Behörde nicht die volle Härte der Asylgesetze exekutiert hat. Ich denke, vielleicht hat sie Leben gerettet. Immerhin sind die meisten der 1.200 Menschen, die in den Jahren 2013 bis 2016 in Bremen die Möglichkeit bekamen, in Deutschland zu leben, Jesidinnen und Jesiden.

Wir wissen doch: Der Islamische Staat (IS) verfolgt und ermordet sie und hat Frauen und Mädchen als Sklavinnen verkauft. Im August 2014 hat die kurdische YPG/PKK Zigtausende im Sindschar-Gebirge vor dem IS gerettet.

Wenn vor diesem Hintergrund eine Behördenleiterin mal „ein Auge zudrückt“, dann ist das kein Vergehen. Wenn ein paar hundert Frauen und Kinder hier in Sicherheit und in der Nähe ihrer Landsleute oder Familienangehörigen bleiben können, dann ist das kein Grund zur Aufregung.

Das Unrecht, das mich empört, ist auf der anderen Seite! Tatsächlich musste das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) alleine im Jahr 2017 über 32.000 falsche Bescheide nach Gerichtsentscheidungen korrigieren: Mehr als 40 Prozent der Klagen gegen ablehnende Asylbescheide sind erfolgreich.

Das zeigt, wie wichtig es ist, Menschen vor Abschiebung zu schützen – denn es geht beim Asylrecht nicht selten um Fragen von Leben und Tod.

Und es gibt eine traurige Parallele zur Situation von Erwerbslosen: Hier versucht die staatliche Behörde noch zu beschneiden, was einem Armen zusteht. Auch hier werden über 40 Prozent der Beschwerden gegen Hartz-IV-Bescheide im Nachhinein ganz oder teilweise anerkannt.

Denjenigen, die ohnehin in einer schwierigen Situation sind, wird viel zu häufig auch noch ihr bisschen Recht verwehrt. Das ist der Skandal, der eine demokratische Gesellschaft erschüttern muss.

Unhappy Birthday

1968 weigerte sich die damals ziemlich reaktionäre „Oberhessische Presse“, einen Artikel zum 150. Geburtstag von Karl Marx aus dem Institut für wissenschaftliche Politik in Marburg abzuwickeln. Heute – inzwischen deutlich flexibler geworden – würde sie ein solches Angebot kaum noch abzulehnen wagen. Es wird ihr aber auch nicht mehr gemacht, denn der nachgeholt Geburtstagartikel erscheint hiermit in „Paroli“.

Auf allen Kanälen wird Marx mittlerweile gewürdigt. 2013 hat die UNESCO das „Manifest der Kommunistischen Partei“ und den ersten Band des „Kapital“ ins Weltkulturerbe aufgenommen.

Das könnte ein schlechtes Zeichen sein: Nach dem Ende des Staatssozialismus 1989 scheint Marx seine Schrecken für die kapitalistische Welt verloren zu haben.

Er kam also ins kulturhistorische Museum, aber die Probleme des Kapitalismus, die er aufdeckte, sind geblieben.

Zum Beispiel die Überakkumulation von Kapital, das nicht vernünftigen, sondern überwiegend irrwitzigen und gefährlichen Zwecken zugeführt wird – darunter Exportoffensiven, die schwächere Volkswirtschaften in den Ruin treiben, und Rüstung. 2013 hat der französische Ökonom Thomas Piketty nachgewiesen, dass die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen heute fast den gleichen Stand erreicht hat wie am Vorabend des Ersten Weltkriegs.

Apropos Krieg: Die allerklüg-



Foto: Sebastian Chwala

▲ Geschenk Chinas zum 200. Geburtstag: Karl-Marx-Statue in Trier

ste Schülerin von Karl Marx, Rosa Luxemburg, zeigte, wie die Überakkumulation die am höchsten entwickelten Gesellschaften in den Imperialismus treibt: Jagd nach auswärtigen Absatzgebieten für Waren und Kapital, internationale Rambo-Politik. Kommt uns mittlerweile wieder bekannt vor.

Nicht alles wiederholt sich, manches ist zumindest teilweise neu: Aus Ländern des Südens, die von den Metropolen des Nordens und Westens zertrümmert wurden, kommen Menschen hierher und treffen auf die Raserei von faschistischen Bewegungen.

Marx kann von Glück sagen, dass er tot ist und sich das nicht mehr ansehen muss. Wir aber haben den Salat und müssen versuchen, ihn endlich los zu werden.

Georg Fülberth



Foto: Nico Biver

◀ Für die Landtagswahl am 28. Oktober kandidieren für DIE LINKE im Wahlkreis 12 (Marburg I) Ingeborg Cernaj und im Wahlkreis 13 (Marburg II) Jan Schalauske. Christian Bubel (li.) und Inge Sturm (re.) sind die Ersatzkandidat/innen.

Termine

► Öffentliche Mitgliederversammlung der LINKEN

Themen: LINKEN-Parteitag, Sozialökologischer Umbau, Landtagswahlen

Do., 21. Juni, 19.30 Uhr, DGB-Haus, Bahnhofstr. 6, Marburg

► LINKE bei „3 Tage Marburg“

Fr.-So., 6.-8. Juli
Infostand, Barfußstraße 50, vor der Sparkasse

Regelmäßige Termine

im LINKEN-Büro bzw. im Käte-Dinnebier-Saal, DGB-Haus, Bahnhofstr. 6, Marburg

► Mitgliederversammlung der LINKEN Marburg-Biedenkopf, am 3. Do. des Monats.

► Marburger Linke erweiterte Fraktion, montags, 20.00 Uhr

► DIE LINKE. Kreis AG freitags, 15.30 Uhr

► Studierendenverband SDS.die linke, dienstags, 20.00 Uhr, www.sds-marburg.de

Im Dinnebier-Saal tagen auch die AG Linke Christ/innen und die Roten Biber - Sozial.öko.logische AG

► Stammtisch des LINKEN-Stadtverbandes Marburg

1. Mittwoch im Monat, ab 20 Uhr, Gaststätte Schamdan, Weidenhäuser Str. 72, Marburg

Impressum

Paroli

Herausgeber: DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf und Fraktion Marburger Linke

Redaktion: Renate Bastian (verantw.), Nico Biver, Ingeborg Cernaj
Layout: Nico Biver

Redaktionsschluss: 12.6.2018

Kontakt

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
Bahnhofstr. 6, 35037 Marburg
Tel. 06421-163873
info@die-linke-marburg.de
www.die-linke-marburg.de